

Sascha Radl

Der Aufstieg von Ansar Allah im Jemen Zwischen Kapitalismus, Patronage und Marginalisierung

Im September 2014 berichteten internationale Medien überrascht darüber, dass die jemenitischen Hauptstadt Sanaa¹ in die Hände von Ansar Allah² (Anhänger Gottes) gefallen war. Aufgrund der zeitgleichen Expansion des sogenannten Islamischen Staats (IS) in Irak und Syrien lagen Parallelen dazu sehr nahe, zumindest oberflächlich betrachtet. Dementsprechend wusste beispielsweise Zeit Online zu berichten: „Die Situation im Jemen erinnert an die im Irak, nur dass die Rollen andersrum verteilt sind: Im Jemen herrschen sunnitische Machthaber, die schiitische Minderheit fühlt sich vernachlässigt. Dazu befindet sich das Land in einem schwierigen Transformationsprozess“ (Zeit Online 2014). Auf den Sturz des vorherigen Präsidenten Ali Abdullah Saleh, der bereits 2012 gezwungen war, die Macht an seinen früheren Vizepräsidenten Abd Rabbuh Mansur Hadi abzugeben, folgte also der für den Nahen und Mittleren Osten ‘typische’ Machtkampf zwischen SunnitInnen und SchiitInnen. Anfang 2015 titelte Zeit Online dann „Es droht ein Religions- und Bürgerkrieg“ (Zeit Online 2015).

Wie es schon seit Längerem in Bezug auf die Region üblich ist, werden komplexe Ursachenanalysen oftmals ausgeblendet und auf religiöse Motivationen heruntergebrochen. Dies lässt sich nicht nur im Journalismus, sondern ebenfalls in vielen wissenschaftlichen Publikationen beobachten. Dabei kann eigentlich nicht übersehen werden, dass die Mehrheit der UnterstützerInnen Ansar Allahs, die Zaiditen, eine grundlegend andere Glaubenspraxis aufweist als Schiiten im Irak oder Iran und sie vor unterschiedliche politische sowie wirtschaftliche Rahmenbedingungen gestellt sind. Parallel dazu vereint die Bewegung verschiedene Konfessionen und ist stammesübergreifend aktiv. Auch ist der Konflikt zwischen

-
- 1 Eigenbezeichnungen aus dem Arabischen werden an die deutsche Aussprache angelehnt vereinfacht wiedergegeben.
 - 2 Ansar Allah ist einer der vielen Namen, welche die Bewegung aufweist. Bekanntter ist dagegen die inoffizielle Bezeichnung ‘Houthis’ oder ‘Huthis’, nach ihrem Gründer Hussein Badreddin al-Houthi. Gelegentlich ist auch der Name ‘Shebab al-Moumineen’ (arab. ‘Jugend der Gläubigen’) vorzufinden, welcher aber eigentlich eine Vorgängerbewegung kennzeichnet.

der Zentralregierung³ in Sanaa und der Provinz Saada, dem an der Grenze zu Saudi-Arabien liegendem Herkunftsgebiet Ansar Allahs, älter als der jemenitische Transformationsprozess: Die direkten, gewalttätigen Auseinandersetzungen begannen schon im Jahr 2004, es folgten sechs weitere Kriege.

Hier soll nun weder eine Diskursanalyse noch eine detaillierte Beschreibung der Kämpfe folgen. Stattdessen werden vorrangig die politökonomischen Dimensionen des Konflikts untersucht. Diese Analyse trägt zum Verständnis der tiefer gehenden, aber oftmals unbeachtet gebliebenen Ursachen der gegenwärtigen Auseinandersetzungen bei. Jemenitische Entwicklungen werden wenn möglich in ihren globalen Kontext gestellt und auf Saada bezogen.

Das Wirtschaftswachstum nach Ende des ersten Bürgerkriegs sowie die Rücküberweisungen der jemenitischen ArbeiterInnen aus der Golf-Ölindustrie in den 1970er Jahren stellte eine erste Modernisierungswelle dar. Der Staat baute neue Infrastruktur auf, entfernte Provinzen wurden an das Straßennetz angeschlossen. Es kam zu einer ersten gesellschaftlichen Transformation, welche eine Mittelklasse entstehen ließ, die vor allem in die Landwirtschaft investierte und Ergebnis der Zersetzung tribaler Strukturen war. Während die Einnahmen der Zentralregierung mit ersten Entdeckungen von Ölquellen ab den 1980er Jahren stiegen, sanken die Einkommen großer Teile der Bevölkerung aufgrund einer krisenhaften Wirtschaftsentwicklung. Durch strategische Rentenpolitik⁴ gelang es dem damaligen Präsidenten Ali Abdullah Saleh, einen Teil der Mittelklasse zu kooptieren, einen anderen durch Islamisierungswellen zu unterdrücken. Doch das Absinken des Ölpreises, die Ausweisung von jemenitischen ArbeiterInnen aus den Golfstaaten und der darauffolgende Bürgerkrieg Anfang der 1990er Jahre erschütterten dieses System grundlegend. Auf den Krieg folgten Struktur Anpassungsprogramme (SAP) der Weltbank, die die Ausgaben für Patronageaktivitäten senkten und die jemenitische Wirtschaft neoliberalisierten. Die vom Abstieg bedrohte Mittelklasse fand in Ansar Allah eine Alternative zur Zentralregierung.

3 Die Begriffe „Regierung“, „Zentralregierung“ und „Regime“ werden als Synonyme verwendet, die, wenn nicht anders kenntlich gemacht, den engsten Kreis von der offiziellen Hauptstadt Sanaa aus autoritär Regierender bezeichnet. Bis zur Wiedervereinigung des nördlichen und südlichen jemenitischen Staates im Jahr 1990 beziehen sich die Ausführungen auf die 1962 unabhängig gewordene Jemenitische Arabische Republik im Norden.

4 Renten beziehen sich hier und an nachfolgenden Stellen auf einmalige oder regelmäßige Zahlungen der Regierung an oppositionelle oder potenziell oppositionelle Akteure, welche so im besten Fall kooptiert werden können und sich aufgrund ihrer materiellen Vorteile und Inklusion der Regierung gegenüber loyal verhalten werden.

Ökonomie und Gesellschaft in den frühen 1970er Jahren

Der Ausgangspunkt des Konflikts zwischen Ansar Allah und der jemenitischen Zentralregierung liegt in der Zeit Anfang der 1970er Jahre. In dieser Periode begann die Wirtschaft verhältnismäßig stark zu wachsen, was zum Aufbau moderner Infrastruktur und staatlicher Institutionen führte. Doch erschütterte dieser Wandel auch die bisherige Gesellschaftsorganisation.

Der Bürgerkrieg zwischen den von Saudi-Arabien unterstützten monarchistischen und den republikanischen Kräften, welche vor allem aus Ägypten Hilfe bekamen, endete 1970. Jemens Ökonomie litt unter dem Konflikt, d.h. die vor allem aus dem Agrarsektor stammenden Exporte gingen erheblich zurück und große Mengen an Nahrungsmitteln mussten importiert werden. Die industrielle Produktion war auf einige wenige Fabriken beschränkt (vgl. Weltbank 1970: III). Daher beschloss die Regierung 1973 den ersten umfangreichen Entwicklungsplan. Hierzu gehörte ein enormer Ausbau der Infrastruktur, wobei die Erweiterung von Häfen und des Straßennetzes sowie die Fortführung der Elektrifizierung eine gewisse Priorität genossen (vgl. Weltbank 1978: I). Die erfolgreiche Umsetzung verdankte sich allerdings weniger der Zentralregierung als vielmehr den Rückzahlungen von jemenitischen ArbeitsmigrantInnen aus dem Ausland. Die Ölindustrie in den Golfstaaten benötigte billige und gleichzeitig politisch zuverlässige Arbeitskräfte. Aufgrund des niedrigen Lohnniveaus und der möglichen sofortigen Ausweisung bei Unruhen fiel die Wahl auf MigrantInnen. Infolge wanderte eine Großzahl von vor allem männlichen Jemeniten nach Saudi-Arabien aus. Durch den Ölboom 1973 und erleichterte Visabestimmungen angelockt, verließ bis 1975 ca. ein Drittel der erwerbsfähigen JemenitInnen das Land. Deren Rücküberweisungen, ca. 973 Millionen US-Dollar im Jahr 1979 (Ward 2015: 37), d.h. Ende der 1980er ca. 20 Prozent des BIP (Salmoni u.a. 2010: 83), stärkten die nationale Wirtschaft von 'unten' und ermöglichten damit erst die Modernisierung der Ökonomie: Durch die neuen Vermögen konnten Familien ihre Dörfer und Städte individuell aufbauen, gestalten wie auch erweitern, während sich neue Luxusgüter einer gestiegenen Nachfrage erfreuten. Letzteres betraf natürlich auch den Nahrungsmittelkonsum. Dies führte dann zusammen mit der grundlegenden Ausrichtung der Wirtschaft auf den Agrarsektor zu erhöhten Investitionen in den Anbau von teuren landwirtschaftlichen Produkten, während tendenziell eher billige Grundnahrungsmittel nun verstärkt importiert wurden. Neuartige Technologien ließen die Wassernutzung erheblich steigen, was wiederum die Anpflanzung von teuren Erzeugnissen wie frischem Obst und Gemüse sowie dem Rauschmittel Qat erst möglich machte (vgl. Ward 2015: 37ff.). Um diese und weitere Güter besser zu handeln, setzte die Regierung ihre Wirtschaftspläne um und investierte in neue Straßen und Häfen, was die

vereinzelt Entstehung größer werdender, privater Handelsunternehmen zuließ. Diese forderten wiederum funktionsfähige staatliche Institutionen, was den Aufbau neuer Ministerien, der Zentralbank, aber ebenso gestiegene Bürokratisierung und Verwaltung nötig machte. Dadurch expandierte letztlich der Staat und konnte sich selbst in peripheren Regionen etablieren und so die Auflösung des Stammessystems einläuten (vgl. Weltbank 1978: I).

Vor dem hier beschriebenen Hintergrund wurde 1979 die Hauptstraße zwischen Sanaa und Saada, der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz und Herkunftregion Ansar Allahs, erweitert und asphaltiert. Später kamen Anschlüsse zum Roten Meer und zur jemenitisch-saudischen Grenze hinzu. Hierdurch war es den lokalen Bauern und Bäuerinnen möglich, die Agrarproduktvielfalt der landwirtschaftlich geprägten Provinz zu erweitern und die Überschüsse auf dem überregionalen Binnenmarkt zu verkaufen sowie nach Südjemen und Saudi-Arabien zu exportieren. Der amerikanische Think Tank Research and Development (RAND) beruft sich auf Schätzungen, wonach bis zur Hälfte der Bevölkerung in den Grenzhandel verwickelt war (vgl. Salmoni u.a. 2010: 82). Die Provinz Saada war eine der Hauptempfängerinnen von Auslandsüberweisungen, wodurch gerade hier in neue Agrartechnik investiert wurde, was den unregulierten Wasserverbrauch erheblich ansteigen ließ. Zeitgleich wechselte auch in dieser Provinz der Anbau von Getreideprodukten hin zu profitableren Handelswaren, wodurch die lokale Selbstversorgung in den Hintergrund geriet (vgl. Gatter 2012: 44f.; Lackner 2014: 162).

Der ökonomische Wandel brachte folgenreiche gesellschaftliche Transformationen. Durch das steigende Interesse an technologisch fortgeschrittener Landwirtschaft verkauften einige Stämme Land, das sie in der Vergangenheit als Kollektiv verwaltetet und bewirtschaftet hatten. Die langjährig gewachsenen Siedlungsgebiete lösten sich dadurch auf und es zogen Sheikhs⁵ aus anderen Regionen sowie zurückkehrende MigrantInnen als neue PrivatunternehmerInnen nach Saada. Zum Teil zwangen auch lokale Sheikhs ihre eigenen Stammesmitglieder, ihnen selbst das Land zu verkaufen. Auf der einen Seite bedeutete dies, dass der Transformationsprozess die Personen, die ihr Land aufgrund von internen Zwängen oder aus ökonomischen Gründen aufgaben, erheblich benachteiligte. Für sie war nun nicht nur ihre wirtschaftliche Grundlage in Gefahr, sondern ebenso ihre gesellschaftliche Stellung, welche sich vormals nach der Familienzugehörigkeit richtete, innerhalb der neuen Ordnung aber immer unbedeutender wurde (vgl. ebd.: 83ff.). So sahen sich vor allem Angehörige der Hashimi, deren Familien vor dem Bürgerkrieg die zaydische Elite stellten, dem Vorwurf der Rückwärts-

5 Sheikh bezeichnet den Führer eines tribalen Zusammenschlusses.

gewandtheit ausgesetzt (vgl. Brehony 2015: 2; Salmoni u.a. 2010: 86). Auch die späteren Gründer Ansar Allahs, d.h. die al-Huthis, sind Teil dieser Gruppe. Auf der anderen Seite gelang es Menschen, insbesondere durch ihr im Ausland angehäuften Kapital, aus der alten Gesellschaftsordnung auszubrechen und sich als 'moderne UnternehmerInnen' zu etablieren. Die enormen Summen, welche aus den Golfstaaten zurücküberwiesen wurden, ermöglichten so den Aufstieg unterer Gesellschaftsschichten (vgl. Weltbank 1978: I). In den 1970er Jahren ist also von der Etablierung einer neuen Mittelklasse auszugehen, deren Verhandlungsmacht durch ihr Kapital gegenüber der Zentralregierung stetig zunahm. Doch zählen neben den MigrantInnen auch einige der lokalen Sheikhs zu den neuen oberen Klassen, da ein großer Teil von ihnen ihre vorteilhafte Stellung innerhalb der alten Ordnung auszunutzen wusste und dadurch beispielsweise umfangreiche Flächen an profitabilem Land aufkaufen konnte. Die neuen durch Kapitalbesitz definierten Mittel- und Oberklassen zeichneten sich nun durch kapitalistische Werte aus und ersetzten damit die alten Normen und Traditionen.

Die 1980er bis 1990er Jahre: Ölfunde und Kooptierung

Zwei Ereignisse, eine Wirtschaftskrise wie auch die beginnende Öl- und Gasförderung, lenkten die gesellschaftliche Entwicklung und ihr Verhältnis zum Staat in eine neue Richtung. Dem Regime gelang es während der Phase nachlassenden Wirtschaftswachstums ein Rentiersystem aufzubauen, das die aufstrebenden und möglicherweise oppositionellen Kräfte vereinnahmte. Gegen Ende der 1970er Jahre zeigten sich einige grundlegende ökonomische Probleme. So war der Staat zu keiner Zeit in der Lage, die (post-)koloniale Wirtschaftsordnung und damit die Abhängigkeit von den westeuropäischen Staaten und den USA aufzubrechen, wodurch das Land noch immer Ressourcen sowie geringwertige Waren exportierte und höherwertige wie Maschinen oder technische Konsumprodukte importierte. Im Ergebnis ergab sich ein steigendes Handelsdefizit (vgl. Weltbank 1986: I). Zeitgleich verhinderte das durch Auslandsrückzahlungen erhöhte Einkommensniveau den Aufbau einer breitflächigen Niedriglohnindustrie, während andere Staaten der Region längst begannen, ähnliche Forderungen des amerikanisch-europäisch dominierten Weltmarkts – beispielsweise Lohnsenkungen, den Aufbau von Massenproduktionen und den Abbau von Handelshemmnissen – zu erfüllen und sich damit 'Standortvorteile' zu sichern. Durch den ersten Golfkrieg 1980 bis 1988 sanken die Hilfszahlungen der Golfstaaten an die Regierung Jemens, was das Haushaltsdefizit steigen ließ. Ebenso sanken aufgrund der erhöhten südostasiatischen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt in Saudi-Arabien die Auslandsrückzahlungen jemenitischer MigrantInnen. Zwischen 1983 und

1984 führte zudem eine Dürreperiode zur Vernichtung großer Teile der für den Export wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse (vgl. ebd.).

Auch weist Jemen Anzeichen für eine „verschuldete Industrialisierung“ (Overbeek 2008: 122) auf, d.h. die Finanzierung staatlicher Wirtschaftsmodernisierungen über äußerst billige Auslandskredite. Mit der beginnenden neoliberalen US-Finanzpolitik Anfang der 1980er Jahre, insbesondere der eingeschränkten Vergabe von neuen Krediten durch die US-Zentralbank Fed, stiegen die variablen internationalen Zinssätze stark an, was die Haushalte der Staaten des Globalen Südens, beginnend mit solchen in Südamerika, ruinierte (vgl. ebd.: 123ff.). Aufgrund der jemenitischen Auslandsverschuldung in den 1970ern und ihrem starken Anstieg ohne umfangreiche Kreditneuaufnahmen ist davon auszugehen, dass sich auch hier die Schulden aufgrund der US-Zinspolitik innerhalb kürzester Zeit vervielfachten, ohne dass dem Staat neues Geld zur Verfügung stand.

Die Wirtschaftskrise konnte durch die internationalen Finanzinstitutionen (International Finance Institutions, IFI), darunter insbesondere die Weltbankgruppe, genutzt werden, um sich entscheidenden Einfluss auf die Regierungsführung zu sichern. Dies wurde sicherlich auch dadurch begünstigt, dass der Militär Ali Abdullah Saleh, welcher erst 1978 zum Präsidenten erklärt wurde, als politisch eher unerfahren galt und das Amt unter anderem aufgrund des Fehlens ernsthafter KonkurrentInnen übernahm. Zusätzlich gehörten einflussreiche Personen der Privatwirtschaft nicht nur zu seinem späteren Unterstützerkreis, sondern waren ebenso schon früh an seinem gesellschaftlichen Aufstieg beteiligt und zumindest teilweise an Wirtschaftsreformen interessiert (vgl. Day 2012: 89ff.). Unter Leitung der Weltbank konnten daher ab 1983 erste neoliberale Anpassungen der Ökonomie durchgeführt werden: Die Regierungsausgaben wurden eingeschränkt und der jemenitische Rial abgewertet, um Importe zu senken sowie Exporte zu stärken und die Reallöhne zu drücken (vgl. Weltbank 1986: II). 1984 wurden Fruchtimporte verboten, was zusammen mit den anderen Maßnahmen zu einem weiteren Anstieg der Produktion teurer Güter, darunter Früchte und Qat führte.

Im Jahr 1984 entdeckte das US-amerikanische Unternehmen Hunt Oil erste Öl- und Gasressourcen, die ab 1987 exportiert werden konnten. Dies erhöhte die direkten Einnahmen der Regierung in erheblichem Maße und beendete zugleich den von der Weltbank geforderten wirtschaftlichen Liberalisierungsprozess (vgl. Weltbank 1989: If.). Damit ist ab hier auch eine Umkehr der Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den BürgerInnen auszumachen: Während in den 1970er Jahren eine große Masse an Menschen über verhältnismäßig hohe Einkommen und damit eine gestiegene Verhandlungsposition gegenüber der Regierung verfügte, schwächten die wirtschaftlichen Probleme und Krisen Anfang der 1980er die neue Mittelklasse. Parallel erhöhte sich durch den Öl- und

Gasexport das direkte Einkommen des Regimes, was wiederum die Position Salehs stärkte: Dem Präsidenten gelang es, die schon zuvor in Jemen gängige Praxis der Patronage und Kooption auszubauen und damit das politische System nach seinen Vorstellungen zu gestalten und somit zu festigen.

Saleh versuchte, seine Herrschaft seit Amtsbeginn durch die strategische Besetzung von wichtigen Posten mit Vertrauten abzusichern. Die dadurch entstandenen Machtzirkel lassen sich modellhaft in Abstufungen einteilen, deren jeweilig zugeordnete Personengruppen sich nach Nähe zum Präsidenten und damit nach potenziellem Einfluss absteigend vom innersten Kreis bis zum äußersten unterscheiden lassen. Innerhalb der Zirkel existierten weitere Abstufungen, welche aber aufgrund der Informationspolitik des Regimes nur schwer vollständig auszumachen waren. Demnach beschreibt Sarah Phillips drei Kreise, wovon der innerste nahe Familienmitglieder Salehs sowie wichtige Personen seines relativ kleinen Sanhan-Stammes umfasste. Der Präsident galt darin als stärkster Akteur und konnte bei Uneinigkeit der anderen Individuen Entscheidungen autoritär durchsetzen, nicht jedoch, wenn diese ihm geschlossen gegenüberstanden (vgl. Phillips 2011: 88ff.). Der Zusammenhalt des inneren Kreises erklärte sich natürlich nicht nur durch dieselbe Familien- und Stammeszugehörigkeit, sondern vor allem durch die vorteilhaften Möglichkeiten, die mit einer Positionierung in der Nähe Salehs einhergingen. Hier wiederum spielten finanzielle Interessen eine große Rolle, die beispielsweise über staatlich abgesicherte Monopolstellungen von Unternehmen, die Personen aus dem inneren des Regimes gehörten, befriedigt wurden. So war Mohammed Ali Muhsin al-Ahmar nicht nur Befehlshaber des südöstlichen Militärdistrikts und damit Teil des engsten Kreises um Saleh, sondern hielt ebenso die mehrheitlichen Anteile an mindestens zwei jemenitischen Banken, besaß Unternehmen, die im Ölsektor tätig sind sowie Öltanker. Es kann vermutet werden, dass die von der Weltbank Anfang der 1980er Jahre geforderten Strukturanpassungsprogramme (SAP) aufgrund jener Verflechtungen auch zum Teil aus Regierungskreisen unterstützt wurden, da sie die Profite des inneren Zirkels steigen ließen. Diese Maßnahmen durften aber nicht zu weit fortschreiten, weil die Liberalisierung auf Dauer die vorteilhaften Bedingungen der Unternehmen gefährdet und einen politischen Machtverlust nach sich gezogen hätte (vgl. ebd.: 90ff.). Die Ölfunde Mitte der 1980er Jahre und das damit einhergehende Ende der Strukturanpassung wahrte also vor allem die Interessen des im Aufbau befindlichen, inneren Regierungskreises.

Der zweite Zirkel kann dagegen als äußerer betrachtet werden und umfasste ausgewählte tribale und religiöse Eliten. Hieran schloss ein dritter Kreis an, der aber eher ungeordnet erscheint und als solcher auch weniger fest etabliert war. Dort fanden sich beispielsweise verschiedene politische wie unternehmerische Familiendynastien, Technokraten oder Oppositionelle wieder (vgl. ebd. 88). Die

Renten aus dem Öl- und Gasexport ließen sich hier einsetzen und banden neben den inneren auch die äußeren Kreise an das Regime. Sollte es zu regierungskritischen Bewegungen kommen, konnten daran beteiligte, führende Individuen durch Geld- oder Ämtervergabe kooptiert werden. Für Saada bedeutete dies, dass einzelne Sheikhs diese Chance nutzten und aus ihrer Nähe zur Regierung profitierten, sich dabei aber vermehrt von den Mitgliedern ihres Stammes entfernten und damit traditionelle Loyalitäten noch stärker zerbrachen (vgl. Salmoni u.a. 2010: 85). Im Gegensatz zur Kooption einzelner Akteure zielten Geschenke wie Bewässerungspumpen, Samen für die landwirtschaftliche Produktion oder Straßenanschlüsse, um einen besseren Marktzugang zu gewährleisten, auf die breitere Bevölkerung ab. Durch die erhöhten Staatseinnahmen konnte die Regierung gleichzeitig den öffentlichen Sektor weiter ausdehnen und dortige Arbeitsplätze zur Rentengenerierung an regierungsfreundliche Personenkreise vergeben. In Zeiten nachlassender Wirtschaftsleistung wie Anfang der 1980er Jahre bedeutete diese Praxis für exkludierte Gruppierungen existenzielle Probleme, was den Druck zur Anerkennung des Regimes unmittelbar erhöhte (vgl. ebd.: 87).

Über das Rentensystem wurde auch die Entwicklung salafistischer Tendenzen in der Gesellschaft gefördert, die einen Teil der aus Saudi-Arabien zurückkehrenden ArbeitsmigrantInnen ohnehin schon beeinflusste. Dieser Prozess wurde ursprünglich durch Hilfszahlungen unter anderem aus den USA unterstützt und sollte ab 1979, ähnlich wie in Afghanistan, das jemenitische Regime unter Saleh gegen den an die Sowjetunion angelehnten Südjemen und deren Guerillagruppen stärken. Unter saudischer Führung fanden sich lokale Sheikhs, aber ebenso UnternehmerInnen und vor allem aus dem Südjemen geflüchtete Wirtschaftseliten, welche allesamt für eine Islamisierung⁶ des Nordens eintraten. Bei dem Vorhaben spielten neben Saleh und anderen, an der Regierung Beteiligten, der weiter oben erwähnte Ali Mohsin eine Hauptrolle (vgl. Day 2012: 101f.). Ab den 1980er Jahren gründeten im Kontext der ökonomischen und der damit einhergehenden sozialen Transformation salafistische Gruppierungen religiöse Schulen und Foren innerhalb Saadas, welche klar in Konkurrenz zur zaydischen Strömung standen, allerdings in der Lage waren, diese ebenso einzudämmen wie sich gegen Gruppen

6 Islamisierung bezeichnet hier den Prozess der aktiv vorangetriebenen Rückbesinnung auf islamische Werte, d.h. eine Loslösung von einer Glaubenspraxis, die an unterschiedlichste Traditionen, wie beispielsweise Heiligenverehrung, gebunden war, hin zu einer vereinfachten und strikten, teilweise wörtlichen Interpretation von religiösen Schriften wie dem Koran, mit dem Ziel einer ideellen Rückkehr zur Frühzeit des Islams. Damit zielt diese Islamisierung auch auf die 'Konvertierung' von schiitischen bzw. hier zaydischen oder sufistischen Muslimen. Hauptakteure dieser Form der Islamisierung sind salafistische Bewegungen.

zu behaupten, die sich an den sowjetisch orientierten Südjemen anlehnten (vgl. Salmoni u.a. 2010: 89ff.).

Es gelang dem Regime also durch eine umfassende Rentenpolitik und die damit verbundene Inklusion breiter Gesellschaftsschichten, darunter auch die neue Mittelklasse, seine Herrschaft zumindest vorerst zu stabilisieren. Währenddessen konnte der potenziell radikalere, nicht kooptierbare Teil der Opposition, d.h. die linken Kräfte aus dem Süden sowie zaydische aus Saada, vor allem durch staatlich gestützte, sunnitisch-salafistische Islamisierungswellen zurückgehalten werden.

Wiedervereinigung und Neoliberalisierung in den 1990er Jahren

Die in den 1980er Jahren hervorgetretenen wirtschaftlichen Probleme wurden bis in die 1990er Jahre hinein nicht angegangen. Das steigende Handelsdefizit konnte nur durch neue Kredite ausgeglichen werden, wohingegen der wachsende öffentliche Sektor den Staatshaushalt zusätzlich belastete. Zwei der wichtigsten Wirtschaftszweige, Auslandsrücküberweisungen sowie die neuen Öl- und Gasquellen, sollten die Probleme lösen. Passenderweise sahen sich beide jemenitischen Staaten vor sehr ähnliche Herausforderungen gestellt, wodurch die Wiedervereinigung immer wahrscheinlicher wurde: Die Regierungen erwarteten hierdurch stärkere Investitionen durch ArbeitsmigrantInnen wie auch die Ausbeutung von neuen Erdölquellen in der gegenseitigen Grenzregion (vgl. Albrecht 2005: 57f.). Schließlich kam es Anfang 1990 zum Zusammenschluss der nördlichen Jemenitischen Arabischen Republik und der südlichen Demokratischen Volksrepublik Jemen, allerdings unter der Dominanz ersterer. 1991 entschied sich die neue Regierung unter Saleh, den bevorstehenden Golfkrieg gegen Saddam Hussein und seiner Besetzung Kuweits abzulehnen. Bei Abstimmungen in den Vereinten Nationen (United Nations, UN) enthielt sich Jemen seiner Stimme, was bei den Golfstaaten auf Ablehnung stieß. Im darauffolgenden Konflikt wurden weitere Unterstützungszahlungen an die Regierung in Sanaa verweigert und 700.000 bis eine Million vor allem in Saudi-Arabien ansässiger ArbeitsmigrantInnen ausgewiesen (vgl. Weltbank 1995: 9), was nicht nur wichtige Einkommensquellen zusammenbrechen ließ, sondern ebenso zu einem enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Außerdem war der Ölpreis die gesamten 1990er Jahre hindurch schwach, insbesondere 1994 und 1998, wodurch die Vorteile des wachsenden Ölsektors geschwächt wurden und sich damit die wirtschaftliche Krise insgesamt verschärfte. Der Regierungshaushalt wies im Jahr 1991 ein Defizit von -11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf, im Jahr 1993 schon -17,9 Prozent und 1994 ganze -22,5 Prozent. In der gleichen Zeit stiegen die externen Schulden von 168 Prozent des BIP auf 199 Prozent (vgl. ebd.: 11).

Auch aufgrund der wirtschaftlichen Lage gelang es der neuen Regierung nicht, die politischen Systeme und deren Einflussgruppen für alle beteiligten Parteien zufriedenstellend zu vereinigen. Beide Krisen zusammen, die wirtschaftliche und die politische, führten 1994 in einen weiteren Bürgerkrieg, der zwar durch Salehs Militär gewonnen werden konnte, die ökonomischen Probleme aber nur weiter verschärfte. Als einzigen Ausweg sah das Regime, Kreditabkommen mit den IFI abzuschließen. Diese beinhalteten eine Reihe neoliberaler SAP, die sich am 'Washington Consensus' orientierten: Starkes Wirtschaftswachstum sollte über einen auf Exporte ausgerichteten, selbstständigen Privatsektor erreicht werden. Dies erforderte das Reformieren bereits bestehender Wirtschaftsinstitutionen und den Aufbau neuer, um beispielsweise ein an globale Marktbedürfnisse angepasstes Rechtssystem zu etablieren. Ebenso mussten die lokalen Preise an internationale angepasst und der Handel liberalisiert werden, während die Regierung Exportunternehmen durch Währungsabwertung, Steuervergünstigungen und den Aufbau einer Freihandelszone in Aden unterstützen sollte. Das Streichen von Subventionen auf Nahrungsmittel, Wasser und Elektrizität spielte eine übergeordnete Rolle, genauso wie die Privatisierung staatseigener Betriebe und das allgemeine Einschrumpfen des öffentlichen Sektors (vgl. ebd.: 25ff., 37f.; al-Maitami 1998). Wie in anderen Staaten auch, führte diese Politik zwar zu Wirtschaftswachstum, aber zugleich zu steigender Arbeitslosigkeit und Verarmung (Albrecht 2005: 66f.).

Die Eliten des ersten Machtzirkels um Saleh wehrten sich gegen die aufgezwungene ökonomische Liberalisierung. Sie befürchteten einen Machtverlust durch die Auflösung von Monopolen, aber ebenso durch einen Aufstieg von neuen, möglicherweise ausländischen Akteuren, die bisher nur wenig vom Regime profitierten und damit Konkurrenzdruck bedeuteten hätten. Außerdem konnte eine verarmte und damit potenziell unruhige Bevölkerung nicht im dauerhaften Interesse der Zentralregierung sein. Da Saleh politisch nicht zu sehr unter Druck geraten wollte, verzögerte er einige Reformen, um sie letztlich gar nicht oder nur in Teilen zu implementieren. Hierzu gehörte beispielsweise die Forderung der IFI nach Privatisierungen. So wurden umfangreiche Pläne zum Verkauf von Staatsunternehmen ausgearbeitet, diese sind, wie im Falle des 'Privatization Support Project', aber nicht umgesetzt worden. Dennoch ist interessant, dass fast ausschließlich Firmen im ehemaligen Südjemen verkauft worden wären, die zwar außer Betrieb waren, aber dennoch Gelder an einzelne Personen auszahlten (vgl. ebd.: 69f.), d.h. der Rentengenerierung einfacher Bevölkerungsteile dienten. Zudem vergab Saleh große Flächen landwirtschaftlich nutzbaren Lands im Süden an ihm nahestehende Regierungskreise, darunter unternehmerische Militärs und Sheikhs, was der lokalen Bevölkerung erheblich schadete und viele Bauern und Bäuerinnen in die urbane Lohnarbeit drängte (vgl. Colburn 2012: 52; HIC-

HLRN 2012). Aufgrund des Wegfalls erster Subventionen, stark ansteigender Arbeitslosigkeit – beides verstärkt durch einen fallenden Ölpreis und allgemein sinkende Löhne – mündeten die SAP zwischen 1995 und 1998 in regelmäßige, landesweite Unruhen (vgl. Colburn 2012: 51; Gatter 2012: 51). Tendenziell setzte die Durchführung der von den IFI ausgearbeiteten Austeritätsmaßnahmen also bei den äußersten, lose mit dem Regime verbundenen Regierungszirkeln bzw. Angehörigen der Mittelklasse an und ließ Teile davon verarmen, während die inneren Kreise möglichst weiter an Saleh gebunden bleiben sollten. Vor allem an der Strategie gegenüber dem Süden ist erkennbar, dass der Präsident versuchte, das Land zu retribalisieren und, statt Anerkennung in der breiten Mittelklasse zu suchen, sich vermehrt auf die Autorität einzelner, lokaler Sheikhs stützte und diese dafür in das politische System einband (vgl. Gatter 2012: 48).

Wenn sich also in den 1970er Jahren eine Mittelklasse herauszubilden begann, verlor diese in den 1980ern ihre Autonomie und ab den 1990ern war alleinig der soziale Fortbestand der Sheikhs gesichert. Auch die alten Eliten des ehemaligen Südjemen wurden nur schwach integriert. Derweil sanken die Durchschnittsgehälter der Bevölkerung um die Hälfte, so beispielsweise in Aden von 661 US-Dollar im Jahr 1990 auf 300 US-Dollar 1997, damit im Süden noch deutlicher als in den Provinzen des ehemaligen Nordjemen (vgl. Day 2012: 104f.).

Neben den südlichen Regionen litt vor allem auch die Provinz Saada unter den SAP der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund, IMF). Das Streichen der Subventionen auf Diesel traf vor allem die Klein- und Mittelbauern und -bäuerinnen, welche sich nur über Regierungszuschüsse den Pumpenbetrieb und damit einen bewässerten Anbau teurer Agrarprodukte leisten konnten, kaum aber die GroßgrundbesitzerInnen. Zwar führte die seit den 1970er Jahren stark erhöhte Wassernutzung zu ersten ernsthaften Problemen in der Region, doch waren viel Wasser benötigende Früchte oder Qat einige der wenigen besseren Einkommensquellen für kleinere Farmen, deren Fortbestand durch die fehlenden Geldmittel in Bedrängnis geriet (vgl. Lackner 2014: 168f.). Spätere neoliberale Reformen zur Eindämmung des extensiven Wasserverbrauchs stabilisierten diese Tendenz (vgl. ebd.: 173f.).

Saada hatte 2004 einen 70-Prozent-Anteil am jemenitischen Anbau von Granatäpfeln, 42,1 Prozent an dem von Äpfeln, und profitable Zitrusfrüchte wurden ähnlich intensiv produziert. Die Ausrichtung des Agrarsektors auf Gewinnmaximierung beschleunigte auch den seit den 1970er Jahren zunehmenden Anbau von Qat, der nach der Vereinigung beider jemenitischen Staaten insbesondere nach Saudi-Arabien geschmuggelt wurde. 2003 lebten ca. 27 Prozent der regionalen Bevölkerung von dessen Verkauf und in einigen von Ansar Allah dominierten Bezirken machte der Ausbau von Qat sogar über 70 Prozent der Nutzflächen aus. Im Jahr 2003 verfügten aber 43,9 Prozent der Bauern und Bäuerinnen nur

über höchstens einen halben Hektar Land, während eine Minderheit von 1,8 Prozent mehr als fünf Hektar besaß. Die in den 1990er Jahren zunehmende Industrialisierung der Agrarproduktion zeigte sich darin, dass der flächendeckende, mechanisierte Einsatz von Bewässerung und Pestiziden in Saada höher als in den meisten anderen Provinzen war (vgl. Gatter 2012: 466f.). Durch die sehr ungleichen Besitzverhältnisse und den ebenso ungleichen Zugang zu modernen Verarbeitungsweisen verloren immer mehr Kleinbauern bzw. -bäuerinnen ihr Land und waren zu gering entlohnter Arbeit in den Städten, zumeist der Regionalhauptstadt Saada, gezwungen. Der Verkauf ihres Besitzes an große Farmbetriebe entsprach durchaus der Logik der IFI, welche die Agrargroßindustrie als Garanten von hohen und teuren Exportproduktionen sahen. Durch die Erlöse sollten dann die nötigen Grundnahrungsmittel auf den internationalen Märkten eingekauft werden (vgl. Weltbank 1999: Anhang I 5ff.). Damit sanken aber letztlich die Einkommen der unteren und vormals mittleren Klassen weiter. Die SAP sahen die Schaffung alternativer Arbeitsmöglichkeiten nicht vor, was zusammen mit dem Abbau des öffentlichen Sektors in den 1990er Jahren – hier wie in Gesamtjemen – den wirtschaftlichen Niedergang weiter Bevölkerungsteile Saadas bewirkte. Während ein immer größer werdender Anteil der BewohnerInnen der Provinz seit den 1980er Jahren und insbesondere in den 1990ern vom sozialen Abstieg bedroht war, setzte Saleh weiterhin auf eine Kooptierung ausgewählter Sheikhs und hielt salafistische Strömungen noch immer für ein Mittel, um gegen die Bildung von oppositionellen Gruppen vorzugehen (vgl. Salmoni u.a. 2010: 91f.). Die SAP bedeuteten zusätzlich, dass die einfache Bevölkerung nun weder durch Wirtschaftswachstum wie zu Hochzeiten der Auslandsrücküberweisungen noch durch staatliche Renten in Form von Infrastrukturprojekten oder Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor vom Regime profitierte, was Saleh andernfalls Legitimation verschafft hätte.

Genau in diese Zeit der Frustration stießen die Vorgängerbewegungen Ansar Allahs. Infolge der Wiedervereinigung gründete sich die populäre Hizb al-Haq ('Partei des Rechts' bzw. 'Partei der Wahrheit' oder 'Partei des Wahren'), in welcher Hussein al-Huthi einen der bei den Wahlen 1993 gewonnen Parlamentssitzen übernahm. Al-Huthi stammte aus einer regional angesehenen Familie und wurde anfangs vor allem von seinem Vater ausgebildet, der als zaydischer Gelehrter anerkannt war. In den 1990er Jahren verschrieb er sich dem Predigen der zaydischen Lehre, beteiligte sich in Saada und angrenzenden Provinzen an der Gründung von beliebten Ferienlagern und versammelte so ein Netzwerk von bis zu 10.000 Studierenden um sich, die Shebab al-Moumineen ('Jugend der Gläubigen') (vgl. Hamidi 2009: 166f.). Die Aktivitäten schlossen an frühere regelmäßige Treffen an, welche von Teilen der Huthi-Familie ausgerichtet wurden und etwa die Organisation von Sportveranstaltungen umfasste, theoretisch allen

Gesellschaftsschichten offen standen und spätestens mit der Herausgabe von Ausweisen den Aufbau einer gemeinsamen zaydischen Identität anleiteten. Das gleiche Konzept, nur mit größerem religiösem Lehranteil und überregionaler Dimension, fand sich dann auch in den Ferienlagern ab Mitte der 1990er Jahre wieder (vgl. Salmoni u.a. 2010: 98-101). Die eher lose miteinander verknüpfte Gruppe, angeführt durch die Huthi-Familie, thematisierte die Vernachlässigung der Region, bezeichnete Saleh als einen korrupten und ungerechten Herrscher, der auf friedlichem Wege beseitigt werden müsse, und kritisierte seine Zusammenarbeit mit den USA, welche für die Invasion im Irak und Tötung zahlreicher Zivilisten verantwortlich gemacht wurden. Ein anderer Kritikpunkt bestand in der Ausdehnung des salafistischen Einflusses im jemenitischen Norden (vgl. Hamidi 2009: 167ff.). Die über die letzten Jahrzehnte zunehmende wirtschaftliche und politische Marginalisierung Saadas bot die passenden Voraussetzungen, damit al-Huthi in kürzester Zeit zahlreiche UnterstützerInnen fand. Es ist anzunehmen, dass sich diese mehrheitlich aus der verarmten und vom sozialen Abstieg gekennzeichneten Mittelklasse rekrutierten. Sie wurde nicht nur über die letzten beiden Jahrzehnte zurückgedrängt, sondern sah auch in Saleh einen Gegenspieler, war die wahrscheinlichste Zielgruppe von Freizeitaktivitäten wie Ferienlagern und bot ideologische Anknüpfungspunkte, wie beispielsweise die Kritik an der Irakinvasion der USA. Der Rückbezug auf die zaydische Lehre stellte dann ein alternatives Wertesystem dar und füllte damit die Lücke, welche durch Exklusion vom Wirtschaftswachstum und Profitstreben sowie Kooption vormalig anerkannter Sheikhs und ähnlicher Führungspersonen entstanden war.

Ende der 1990er Jahre gelang es Saleh, die auswärtigen Beziehungen Jemens zu verbessern, insbesondere die zu Saudi-Arabien, wodurch sich die Monarchie wieder bereit zeigte, Hilfszahlungen an das Regime zu leisten. Ab 1999, spätestens ab 2002, stieg zudem der Ölpreis stark an. Beide Faktoren zusammen erhöhten das Einkommen der jemenitischen Zentralregierung, was erneut weniger Rücksichtnahme auf externe Beeinflussungsversuche, beispielsweise durch die IFI, bedeutete. Durch George Bushs Jr. 'Krieg gegen den Terror' infolge der Anschläge vom 11. September 2001, geriet auch Jemen stärker ins Blickfeld der US-Regierung, wobei sich Saleh zur Kooperation bereit erklärte und durch Unterstützungszahlungen den Staatsetat weiter aufstocken konnte (vgl. Salmoni u.a. 2010: 125f.). Trotz gestiegener Einnahmen gelang es dem Regime aber nicht, die oppositionelle Bewegung aus Saada zu kooptieren. Zwar gab es Versuche, al-Huthi an die Regierung zu binden, auch um die stärker werdende Salafiyya zu schwächen, doch schienen diese nicht viel versprechend (Hamidi 2009: 167). Das infolge aggressivere Auftreten gegenüber Saada führte letztlich zum Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Zentralregierung und der Huthi-Familie. Letztere stützte sich auf die Netzwerke der 1990er Jahre und schuf

dadurch eine lose strukturierte Allianz, bzw. einen „Organismus“ (Salmoni u.a. 2010: 189), vereint durch zumindest ähnliche Ziele, der als Ansar Allah gegen Saleh kämpfte.

Die Folgen des Kriegs als Ursache der Machtübernahme 2014

Zwischen Juni 2004 und Februar 2010 ereigneten sich sechs Kampfphasen unterschiedlicher Intensivität und Dauer, welche zusammen als die eigentlichen Auseinandersetzungen in und um Saada gesehen werden. Die Folgen alleine stellten sich für die Provinz als verheerend heraus und führten zusammen mit externen Ereignissen zur Machtübernahme Ansar Allahs im September 2014. Das 'Internal Displaced Persons Profiling Project Yemen' schätzte die Anzahl von Geflüchteten innerhalb der Hauptkonfliktzonen im Jahr 2010 auf eine Zahl zwischen ca. 287.000 und 317.000 Menschen, davon etwa 78.000 bis 86.500 alleine in Saada (vgl. IDP Profiling Project Yemen 2010: 25). Neben den individuellen Folgen wirkte sich die enorme Fluchtbewegung auch auf die lokale Wirtschaft aus und damit insbesondere auf die Nahrungsmittelversorgung, da ein großer Teil der Personen ihre Felder verließen (vgl. Gatter 2012: 473; Salmoni u.a. 2010: 241ff.). Die Versorgung war ohnehin schon beeinträchtigt, da zu den Entwicklungen seit den 1970er Jahren immer häufiger auftretende Dürrewellen hinzukamen und so die Abwanderung ehemaliger Bauern und Bäuerinnen in die Städte schon im Voraus eingesetzt hatte. Ebenso verschlimmerte die globale Preissteigerung von Grundnahrungsmitteln 2007/2008 die Situation erheblich. Durch ein plötzliches Ansteigen der Weltmarktpreise, mit ausgelöst durch Spekulation an den Finanzmärkten, vervielfachten sich die Importpreise für Getreide (vgl. Bass 2011). Die Landwirtschaft Saadas war spätestens durch die SAP nicht mehr auf Nahrungsmittelsicherheit ausgerichtet, sondern auf den Export teurer Produkte und den Import grundlegender wie Getreide, wodurch die Preissteigerung die Balance kippte, der jemenitische Staat nicht mehr in der Lage war genügend einzukaufen und Hungersnöte auslöste. Die Zentralregierung nutzte die Situation Mitte 2008 taktisch aus, indem sie neben Treibstofflieferungen für beispielsweise Transportfahrzeuge und den Betrieb von Pumpen auch den Verkauf von Nahrungsmitteln und Konsumgütern nach Saada und angrenzende Regionen unterband (vgl. Salmoni u.a. 2010: 243f.). Ab 2007 versuchte Saleh zudem, den von Saada ausgehenden, weitverbreiteten Qat-Handel unrentabel zu machen, indem Transporteure die Weiterfahrt verweigert und die Zerstörung ihrer Ware angeordnet wurde, weshalb diese vermehrt nach Saudi-Arabien auswichen (vgl. Gatter 2012: 468). Dementsprechend beschreibt Peer Gatter (ebd.: 473) die ökonomische Lage 2008 folgendermaßen:

Nach vier Jahren Krieg lag Saadas Wirtschaft in Ruinen. Die Regierung unterbrach die Bewegung von Waren, Nahrungsmitteln und humanitärer Hilfe. Märkte wurden größtenteils geschlossen und mit Ausnahme von ein paar geschmuggelten Gütern gab es nichts mehr zu kaufen oder zu verkaufen. Die landwirtschaftliche Produktion der Provinz erreichte nicht mehr ihre AbnehmerInnen, weder im Inland noch in den arabischen Nachbarstaaten.

Die militärische Intervention Saudi-Arabiens in Saada im Jahr 2009 sowie der Bau eines Grenzzauns schränkten dann die Schmuggelbewegungen weiter ein (vgl. World Tribune 2009).

Zu den vom Konflikt eher unabhängigen Faktoren für die Machtübernahme Ansar Allahs 2014 zählt, dass schon 2001 der Höhepunkt von Jemens Ölproduktion erreicht war, was sich insbesondere ab 2006 auch in sinkenden Zuflüssen für die Regierung und damit in nachlassenden Fähigkeiten zur Patronage widerspiegelte. Zudem führten starke Proteste und Spannungen in diversen Städten 2012 zum Sturz Salehs und dem Einsetzen einer relativ schwachen Übergangsregierung, die ebenfalls nicht fähig war, die ökonomischen Probleme, welche sich mit der Machtübernahme weiter verschlimmerten, anzugehen (vgl. Al-Sakkaf 2014).

Mit Beginn des sogenannten Arabischen Frühlings fürchtete auch die saudische Monarchie Demonstrationen. Einer der Hauptkritikpunkte war die miserable Wirtschafts- und Arbeitsplatzlage, weshalb der damalige König Abdullah mit finanziellen Geschenken an seine Bevölkerung und einer strafferen Politik gegen ausländische ArbeitnehmerInnen versuchte, mögliche Proteste zu unterbinden. Infolgedessen wurden 2013 mindestens 210.000 jemenitische MigrantInnen ausgewiesen, was wie zu Zeiten des zweiten Golfkriegs die Binnenökonomie Jemens überforderte (vgl. Alalam 2013). Außerdem beeinflusste der Sturz Salehs erheblich Saudi-Arabiens Politik gegenüber seinem südlichen Nachbar, da der ehemalige Präsident und einige Mitglieder seiner Regierung als hauptsächliche Interessenvertretung der Monarchie fungierten. Die daran anschließende Außenpolitik kann als wenig strategisch bezeichnet werden: So stellte Saudi-Arabien seine Unterstützung der den jemenitischen Muslimbrüdern nahestehenden al-Tajmau al-Yamani li-l-Islah ('Jemenitische Versammlung für Reform') ein, stärkte so aber indirekt ihre Konkurrentin, Ansar Allah (vgl. Heinze 2015: 8f.; Transfeld 2015: 3). Beide AkteurInnen, al-Islah aufgrund ihrer Verbindung zu den Muslimbrüdern und die unter der Huthi-Familie vereinigten Gruppen wegen ihrer antisaudischen sowie proiranischen Haltung, schienen ungeeignet, Saudi-Arabiens Interessen zu vertreten, wodurch sich die Monarchie orientierungslos zurückziehen musste. Dieses Machtvakuum zusammen mit der Marginalisierung Saadas, den ökonomischen Rückschlägen und die Nahrungsmittelengpässe Gesamtjemens wusste Ansar Allah 2014 auszunutzen.

Bilanz

Das Heranziehen religiös-kultureller Erklärungsmodelle reicht nicht zum Verständnis des Konflikts im Jemen aus, da sie nur *einen* Aspekt der Auseinandersetzungen beleuchten können. Zwar ist richtig, dass Ansar Allah sich gegen die als Bedrohung empfundenen salafistischen Strömungen in Saada und mittlerweile auch außerhalb richtet, doch lässt sich anhand einer religiösen Ursachensuche beispielsweise nicht der enorme Zulauf der Bewegung ausgerechnet in den 1990er Jahren und ihre anschließende Expansion schlüssig erklären. Hier spielte Religion eine Rolle bei der Mobilisierung gegen Saleh, bereitete aber nicht die Grundlagen für das eigentliche Entstehen einer solchen breiten Opposition. Stattdessen muss der religiöse Anteil des Konflikts in seinen größeren Zusammenhang eingeordnet werden: Saleh zusammen mit weiteren internen wie externen Akteuren war für das Erstarren des Salafismus (mit-)verantwortlich, um so andere oppositionelle Gruppierungen einzudämmen. Hier stellt sich dann die Frage, warum sich zaydische Bewegungen als so stabil erwiesen, dass sich das Regime gezwungen sah, in einer solchen Form zu reagieren und nicht wie sonst üblich mit Kooptation.

Eine Antwort auf die offenen Fragen führt unweigerlich über wirtschaftliche Prozesse, ihre Auswirkungen auf die Gesellschaftsordnung und die Marginalisierung der Region, da sie die Basis zur Erklärung der generellen Unzufriedenheit in Saada und anderen Teilen Jemens bieten. Dementsprechend zeigte die Analyse ökonomischer Faktoren, dass die zunehmende kapitalistische Wirtschaftsausrichtung in den 1970er Jahren die gesellschaftlichen Beziehungen stark beeinflusste, eine neue, kapitalgestützte Mittelklasse hervorbrachte und letztlich begann, das Stammessystem sich aufzulösen. Der damit einhergehende Machtverlust der Zentralregierung konnte durch eine Wirtschaftskrise sowie neuentdeckte Ölquellen aufgefangen werden, da sie das Regime befähigten, die aufstrebende Mittelklasse zu kooptieren. Erst die infolge ungelöster ökonomischer Probleme und eines teuren Bürgerkriegs von der Weltbank und dem IMF aufgezwungene Strukturanpassung bedrohte den existenziellen Fortbestand der neuen Klasse. Ansar Allah war fähig, diesen unteren und mittleren Klassen eine alternative Ordnung in von sozialem Abstieg gekennzeichneten Zeiten zu bieten und konnte so zahlreiche AnhängerInnen in Opposition zu Saleh mobilisieren. Die Folgen der gewalttätigen Auseinandersetzungen boten dann die Ausgangsbasis für die Bewegung, um im Jahr 2014 Sanaa einzunehmen und sich damit zumindest mittelfristig als neue Machthaberin zu etablieren.

Literatur

Al-Maitami, Mohammed (1998): *Efforts of economic programme and structural adjustment*. URL: al-bab.com/yemen/econ/maitami2.htm, Zugriff: 20.11.2015.

- Al-Sakkaf, Nasser (2014): *Removal of Fuel Subsidies Results in Price Instability*. URL: yementimes.com/en/1805/business/4177/Removal-of-fuel-subsidies-results-in-price-instability.htm, Zugriff: 29.11.2015.
- Alalam (2013): *Saudi crackdown leaves 71,000 foreign workers expelled*. URL: en.alalam.ir/news/1540177, Zugriff: 28.11.2015.
- Albrecht, Holger (2002): *1001 Reformen im Jemen. Wirtschaftsreformen, Staat und Machterhalt*, Münster.
- (2005): Wirtschaftskrise und Strukturanpassung: Die jemenitische Methode. In: Wippel, Steffen (Hg.): *Wirtschaft im Vorderen Orient. Interdisziplinäre Perspektiven*, Berlin: 54-76.
- (im Erscheinen): Cain and Abel in the Land of Sheba. Elite Conflict and the Military in Yemen. In: Albrecht, Holger/Croissant, Aurel/Lawson, Fred (Hg.): *Military Politics and the Arab Uprisings: Explaining Regime Transformation amid Popular Mobilization*. Philadelphia, Kapitel 5.
- Bass, Hans-Heinrich (2011): *Finanzmärkte als Hungerverursacher*. URL: .welthungerhilfe.de/fileadmin/user_upload/Mediathek/Studie_Nahrungsmittelspekulation_Bass.pdf, Zugriff: 28.11.2015.
- Brehony, Noel (2015): *The current situation in Yemen: causes and consequences*. URL: peacebuilding.no/var/ezflow_site/storage/original/application/2f5bf98a4531d31682098dcb67226b44.pdf, Zugriff: 06.11.2015.
- Burrows, Robert D. (1987): *The Yemen Arab Republic. The Politics of Development 1962-1986*, Boulder.
- Colburn, Marta (2012): *The Republic of Yemen. Development Challenges in the 21st Century*, London.
- Crisis Group (2014): *The Huthis. From Saada to Sanaa*, Sanaa-Brüssel.
- Day, Stephen W. (2012): *Regionalism and Rebellion in Yemen. A Troubled National Union*, Cambridge.
- Dingli, Sophia (2013): Is the Failed State Thesis Analytically Useful? The Case of Yemen. In: *Politics* 33(2): 91-100.
- Dorlian, Samy (2011): The Sa'ada War in Yemen: between Politics and Sectarianism. In: *The Muslim World* 101: 182-201.
- Dumm, Andrew (2010): *Understanding the Houthi conflict in northern Yemen. A social movement approach*, Ann Arbor.
- Erdmann, Gero/Engel, Ulf (2006): *Neopatrimonialism Revisited. Beyond a Catch-All Concept*, Hamburg.
- Freeman, Jack (2009): The al Houthi Insurgency in the North of Yemen. An Analysis of the Shabab al Moumineen. In: *Studies in Conflict & Terrorism* 32(11): 1008-1019.
- Gatter, Peer (2012): *Politics of Qat. The Role of a Drug in Ruling Yemen*, Wiesbaden.
- Hamidi, Ayman (2009): Inscriptions of Violence in Northern Yemen. Haunting Histories, Unstable Moral Spaces. In: *Middle Eastern Studies* 45(2): 165-187.
- Heinze, Marie-Christine (2015): Krieg im Jemen. Fronten, Akteure, Ausblick. In: *INAMO*, Nr. 83: 4-10.
- HIC-HLRN (2012): *Yemen. Land Corruption and Social Unrest*. URL: landtimes.landpedia.org/newsdes.php?id=pg==&catid=ow==&edition=ow==, Zugriff: 24.11.2015.
- IDP Profiling Project Yemen (2010): *Profiling of IDPs Affected by the Conflict in Sa'ada Yemen*. URL: jips.org/system/cms/attachments/453/original_2010_Yemen_Profiling-of-IDPs-affected-by-the-conflict-in-Sa-ada_UNHCR_DRC_ECHO_Government-of-Yemen.pdf, Zugriff: 28.11.2015.
- Lackner, Helen (2014): Water Scarcity. Why doesn't it get the Attention it deserves? In: Lackner, Helen (Hg.): *Why Yemen Matters. A Society in Transition*, London: 161-182.
- Overbeek, Henk (2008): *Rivalität und ungleiche Entwicklung. Einführung in die internationale Politik aus der Sicht der internationalen politischen Ökonomie*, Wiesbaden.

- Phillips, Sarah (2011): *Chapter Five: The regime*. In: *Adelphi Series* 51(420): 87-104.
- Salmon, Barak u.a. (2010): *Regime and periphery in Northern Yemen: the Huthi phenomenon*, Santa Monica.
- Transfeld, Mareike (2015): *Gescheiterte Transformation im Jemen. Der gewaltsame Vorstoß der Huthi-Bewegung und die Fragmentierung des Staates*. URL: swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A08_tfd.pdf, Zugriff: 30.11.2015.
- Ward, Christopher (2015): *The Water Crisis in Yemen. Managing Extreme Water Scarcity in the Middle East*, London-New York.
- Weltbank (1970): *The Economic Development of the Yemen Arab Republic*. URL: wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2003/01/11/000178830_98101902103872/Rendered/PDF/multi0page.pdf, Zugriff: 04.11.2015.
- (1978): *Yemen Arab Republic. Development of a Traditional Economy*. URL: wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2002/10/31/000178830_98101912395767/Rendered/PDF/multi0page.pdf, Zugriff: 04.11.2015.
- (1986): *Yemen Arab Republic. Current Position and Prospects. Country Economic Memorandum*. Bericht Nr. 5621-YAR.
- (1989): *Yemen Arab Republic. Country Economic Memorandum. Agenda for Sustainable Growth during the Oil Era*. URL: wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1989/11/07/000009265_3960928061133/Rendered/PDF/multi0page.pdf, Zugriff: 07.11.2015.
- (1995): *Republic of Yemen. Dimensions of Economic Adjustment and Structural Reform*. URL: wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1995/05/17/000009265_3961019104208/Rendered/PDF/multi0page.pdf, Zugriff: 18.11.2015.
- (1999): *Republic of Yemen. Agricultural Strategy Note*. URL: wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1999/09/14/000094946_9906260530330/Rendered/PDF/multi_page.pdf, Zugriff: 26.11.2015.
- World Tribune (2009): *Saudis urgently erect new border fence to block 'massive' immigration of Shi'ites*. URL: worldtribune.com/worldtribune/WTARC/2009/me_saudis0966_12_15.asp, Zugriff: 28.11.2015.
- Zeit Online (2014): *30.000 schiitische Rebellen marschieren in Sanaa ein*. URL: zeit.de/politik/ausland/2014-08/jemen-huthi-rebellen-vormarsch, Zugriff: 1.11.2015.
- Zeit Online (2015): *Es droht ein Religions- und Bürgerkrieg*. URL: zeit.de/politik/ausland/2015-03/jemen-usa-soldaten-abzug, Zugriff: 1.11.2015.